

Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 25. Sitzung

15. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 1999 - 2003

Sitzungstag 07.03.02	Sitzungsbeginn 10.00 Uhr	Sitzungsende 11.25 Uhr	Sitzungsort Rembertiring
--------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	------------------------------------

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 07.02.02	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Jahresbericht 2001 zum Programm LernMIT (Lernen mit Neuen Medien und Informations-Technologie -20Mio.DM- Programm	Vorlage L 120/G 168
TOP 5	Schule als eigenständige Institution Auswertung	Vorlage L 121
TOP 6	Leistungsbenotung in den Fächern Biblische Geschichte u. Philosophie	Vorlage L 122
TOP 7	Begrenzung der Abwahlmöglichkeiten für den Wahlpflichtbereich in der Realschule u. der Gesamtschule	Vorlage L 123
TOP 8	Zeugnisvermerke über Fehlzeiten	Vorlage L 124
TOP 9	Studentafeln der Klassenstufen 1 -10	Vorlage L 125
TOP 10	Einstellungstermine in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen hier: Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Auswahl- und Vergabeverfahren zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen	Vorlage L 126
TOP 11	Jahresabschluss 2001	Vorlage L 127/G171

Herr Senator Lemke eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 07.02.02

Herr Schulz bittet auf S. 3 TOP 7 den Satz "Zur Absicherung werde ein Gutachten vom Landesausschuss für Berufs- und Weiterbildung in Auftrag gegeben" zu streichen, es war vielmehr mitgeteilt worden, dass die jeweiligen Vorsitzenden des Landesausschusses für Be-

rufsbildung und des Landesausschusses für Weiterbildung im Gutachterverfahren für den Wettbewerb beteiligt seien. Das Protokoll wird mit dieser Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Herr Senator Lemke teilt mit, dass eine **Deputationsreise nach Belgien** (flämischer Teil) vom 4.11. – 8.11.02 vereinbart worden ist und bittet die Deputierten um Rückmeldungen bezüglich der Teilnahme.
2. Herr Senator Lemke teilt mit, dass als Termin für eine **gemeinsame Sitzung mit der Wissenschaftsdeputation** zum Thema „Lehrerbildung“ der 18.06.02, 15.00 Uhr vereinbart worden ist.
3. Herrn Senator Lemke teilt mit, dass als Termin für eine **gemeinsame Sitzung mit der Deputation für Soziales** der 22.05.02, 14.30 Uhr vereinbart worden ist.
4. Frau Wilts fragt, ob dem „Internationalen College Bremerhaven“ inzwischen eine Zulassung erteilt wurde“ und wenn nicht, wann damit zu rechnen sei? Herr Senator Lemke sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

TOP 4 Jahresbericht 2001 zum Programm LernMIT (Lernen mit Neuen Medien und Informations-Technologie - 20Mio.DM-Programm)

Vorlage L 120/G 168

Herr Bartels begrüßt die Vorlage. Er fragt, ob es Probleme mit dem Content-Filtering System gebe. Er fragt, ob es sich bei den Erhebungen im Pkt. 3.5.1 um eine Landes- oder städtische Erhebung handele. Herr Meinken erläutert, dass nach den negativen Erfahrungen mit einem Produkt jetzt noch ein weiteres Content-Filtering System in die Erprobung genommen werde. Bei Pkt. 3.5.1 handelt es sich um Zahlen der Stadtgemeinde Bremen. Frau Labinsky-Meyer (Fb-Sch) bittet bei der Auswertung der Fortbildungskurse um eine Aufteilung nach Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Herr Senator Lemke sagt dies für die nächste Auswertung zu. Herr Fries fordert einen Ausbau des Supports, da freiwillige Arbeit auf Dauer nicht ausreichen werde. Herr Meinken antwortet, dass in Ziffer 5 der Vorlage ausgeführt werde, dass die konzeptionelle Weiterentwicklung des technischen Supportsystems eine vorrangige Aufgabe im laufenden Jahr sei. Dieses werde jedoch zusätzliche Mittel erfordern. Frau Jamnig-Stellmach bestätigt, dass der Support nach der Anfangsphase vernünftig geregelt werden müsse, z.B. durch technische Assistenten. Herr Senator Lemke erklärt, dass nach kreativen, bezahlbaren Wegen gesucht werde, da „verbeamtete Assistenten“ oder professionelle Firmen nicht bezahlbar seien. Geplant sei der Ausbau des S3-Teams mit festen Kräften für große Schulen. Herr Brumma lobt an dem Programm insbesondere die Öffnung zum Stadtteil und die Kooperation mit Firmen. Er weist darauf hin, dass es noch Probleme bei der angemessenen Förderung von Mädchen und Frauen gebe. Herr Becker (PR-Sch) weist darauf hin, dass es einen großen Einsatz von Lehrkräften bei der Vernetzung und in der Fortbildung gegeben habe und die Lehrkräfte jetzt nicht auch noch den technischen Support zusätzlich leisten können. Herr Senator Lemke lobt den Einsatz der Lehrkräfte und weist auf die Weiterentwicklung des S3-Konzeptes hin. Frau Möhle (PR-Bhv) fragt, ob ein S3-Konzept auch für Bremerhaven geplant sei? Herr Senator Lemke erklärt, dass Bremerhaven ein eigenes Konzept für den technischen Support entwickelt habe.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 5 Schule als eigenständige Institution Auswertung

Vorlage L 121 NEU

Frau Hövelmann erläutert die in der Sitzung verteilten Neuvorlage. Sie bittet um eine gemeinsame Unterstützung für den Prozess und hofft, dass die Frustrationen in der Arbeitsgruppe mit den beteiligten Schulen abgebaut werden kann. Herr Mützelburg weist daraufhin, dass es viele Vorhaben für Autonomie von Schule gebe, die aber alle aus den Schulen heraus entwickelt worden seien. Der vorgelegte Vorschlag schiebe das Verfahren zeitlich hinaus und sei

stark gängelnd. Er schlägt eine offenere Organisation mit bestimmten Kompetenzen für die Schulen vor verbunden mit der Zusagen der Behörde, entsprechende Rahmenbedingungen sicherzustellen. Frau Köke (GSV) befürchtet, dass die Projektgruppe eigentlich nur das Ziel habe, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten. Sie schlägt vor, einen breiteren Dialog auch mit anderen Schulvertretern zu führen. Herr Rohmeyer weist darauf hin, dass mit dem vorgelegten veränderten Vorschlag die Anregungen aus der Anhörung aufgegriffen werden. Er sei sicher, dass im Juni mit dem vorzulegenden Zwischenbericht die Ängste abgebaut werden können. Herr Senator Lemke betont, dass er an ein offenes Vorgehen interessiert sei, um die Schulen zu motivieren. Herr Ochs (PR-Sch) erklärt, dass die Projektgruppe ihren Schwerpunkt auf den Gesetzesentwurf gelegt habe und Herr Becker (PR-Sch) fordert, dass die Gruppe in der alten Form nicht weiter arbeiten solle. Es sollten über die bisherigen Schulleiter hinaus weitere Personengruppen einbezogen werden.

Herr Mützelburg stellt folgenden Antrag: „Der Senator wird gebeten zum Schuljahr 2002/03 einen „Modellversuch Selbständige Schule“ für Pilotschulen auszuschreiben. Schulen können sich auf Beschluss der Schulkonferenz bewerben. Sie müssen ein Schulprogramm mit Öffnung zur Stadt, Fortbildungskonzepte, Qualitätsmanagement und –sicherungsverfahren sowie ein Organisationsmodell für alle Bereiche der Autonomie wie (Pädagogik, Wirtschaft, Personal) vorlegen. Der Senator schafft die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen insbesondere für Personalhoheit und Personalauswahl und zur Verfügung über Immobilien“. Der Antrag wird bei einer Fürstimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Beschluss: (gegen die Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

1. Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird gebeten, die Projektgruppe „Schule als eigenständige Institution“ zu beauftragen, ein Modell der Eigenständigkeit der öffentlichen Schule unter den gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten zu erarbeiten.
2. Das Modell soll so konkret wie möglich inhaltliche, personelle und wirtschaftliche Kompetenzen beschreiben, die auf die einzelne Schule übertragen werden sollen. Die Projektgruppe muss dabei ein qualitätssicherndes Instrumentarium einschließlich des notwendigen Controllingverfahrens ebenso entwickeln wie Kontakte, die den Schulen und der staatlichen Seite Verlässlichkeit zusichern. Das Modell findet im Rahmen staatlicher Verantwortung und Vorgaben statt.
3. Die Deputation für Bildung erwartet auf ihrer Sitzung im Juni diesen Jahres einen Bericht über den Stand des Projekts.

TOP 6 Leistungsbenotung in den Fächern Biblische Geschichte u. Philosophie

Vorlage L 122

Herr Rohmeyer begrüßt die Vorlage, da damit eine Stärkung des Faches Biblische Geschichte erfolge. Frau Voigt (GSV) fragt nach den Kriterien für die Benotung in diesem Fach und ob dabei eine „Richtige“ oder „Falsche“ Grundhaltung bewertet werde? Herr Fries kritisiert, das Fach durch Benotung aufzuwerten. Dadurch werde der Druck auf die Schulen erhöht. Herr Lückert antwortet, das keinesfalls die Einstellung sondern vielmehr Fertig- und Fähigkeiten bewertet würden, wie dies z. B. auch in den Fächern Gemeinschaftskunde oder Politik erfolge. Frau Köke (GSV) kritisiert, dass unnötiger zusätzlicher Druck auf die Schüler ausgeübt werde. Frau Wilts erklärt, sie könne die Vorlage und den Beschlussvorschlag aus Gewissensgründen nicht mittragen.

Beschluss:

Die Deputation nimmt den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Zeugnisordnung und der Versetzungsordnung zur Kenntnis, mit der eine generelle Leistungsbeurteilung der Fächer im Lernfeld BGU/Philosophie eingeführt wird.

TOP 7 Begrenzung der Abwahlmöglichkeiten für den Wahlpflichtbereich in der Realschule u. der Gesamtschule

Vorlage L 123

Beschluss:

Die Deputation nimmt die Vorlage zur Kenntnis und bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft um die Einleitung der Befassung der Eltern- und Schülervertretungen.

TOP 8 Zeugnisvermerke über Fehlzeiten

Vorlage L 124

Herr Senator Lemke erklärt, dass mit der Vorlage das Ziel verknüpft sei, durch einen besseren Schulbesuch höhere und mehr Abschlüsse zu erreichen. Die Erfahrung zeige, dass die Klassenbücher zwar Einträge über Fehlzeiten haben, diese werden aber nicht ausgewertet, da sie nicht im Zeugnis vermerkt werden. Das führe dazu, dass Unterricht und die Teilnahme daran zu wenig ernst genommen werden. Ziel sei, Transparenz für Eltern und Schüler herzustellen. Frau Hövelmann betont, dass man auf Schulvermeidung reagieren müsse und weist auf die im gerade verteilten Handlungsleitfaden zur Schulvermeidung genannten weiteren Maßnahmen hin. Herr Rohmeyer erklärt, dass Verantwortung stärker auf die Eltern übertragen werden solle. Auch das Arbeits- und Sozialverhalten müsse dokumentiert werden, um Schülern und Eltern entsprechende Rückmeldungen an die Hand zu geben. Herr Mützelburg schlägt vor, ein Beiblatt dem Zeugnis beizulegen, was den gleichen Zweck erfülle, aber keine negative Außenwirkung habe. Frau Voigt (GSV) kritisiert das geplante Vorgehen. Sie schlägt vor, lieber nach den Ursachen von Schulvermeidung zu suchen. Außerdem führe der Verwaltungsaufwand zu Problemen bei der Dokumentation. Frau Köke (GSV) weist daraufhin, dass auch entschuldigtes Fehlen (z. B. verursacht durch GSV-Arbeit) einen schlechten Eindruck im Zeugnis mache. Auch das Beiblatt sei problematisch, da dieses auch von Arbeitgebern angefordert würde. Herr Bürger weist darauf hin, dass das Problem schon in den Beratungen der Bürgerschaft angesprochen worden sei und weitere Maßnahmen zur Minderung der Schulverweigerung vorgeschlagen wurden. Er weist darauf hin, dass in Niedersachsen Fehlzeiten in den Zeugnissen schon angegeben werden. Herr Ehmke bittet darum, das im Beteiligungsverfahren ggf. noch Modifizierungen der Regelungen vorgenommen werden. Herr Henschen weist darauf hin, dass Abschlusszeugnisse eine das ganze Leben wirkende Außenwirkung haben. Damit Fehlzeiten keine dauerhaft wirkenden Nachteile erzeugen, sollen sie in Abschlusszeugnissen nicht aufgeführt werden. Herr Senator Lemke schlägt vor, die Diskussion nach dem Beteiligungsverfahren ggf. fortzuführen.

Beschluss:

Die Deputation nimmt den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Zeugnisordnung zur Kenntnis und bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft um die Einleitung des Beteiligungsverfahrens.

TOP 9 Stundentafeln der Klassenstufen 1 -10

Vorlage L 125

Herr Rohmeyer teilt mit, dass zwischen den Koalitionsfraktionen folgende Änderung in der Stundentafel der Realschule / des Gymnasiums (S. 3 der Anlage 1) vereinbart worden sei: In der Klassenstufe 9 soll eine Stunde im Fach Erdkunde erteilt werden, dafür soll in der Klassenstufe 8 die Stundenzahl von zwei auf eine Stunde reduziert werden. Er begrüßt das im 10. Schuljahr der Hauptschule 4 Stunden Mathematik statt bisher nur 3 Stunden angeboten werden und dass die Fächer Biblische Geschichte/Philosophie von der Jahrgangsstufe 7 in die Jahrgangsstufe 9 verlagert werden. Herr Mützelburg kritisiert, dass in den Jahrgangsstufen 5 und 6 die Ergänzungsstunde entfällt, die die Schulen für eine sinnvolle Organisation des Unterrichts benötigen würden. Herr Senator Lemke bedauert die Reduzierung in den Klassenstufen 5 und 6, weist aber darauf hin, dass ihm aber das Geld fehle, um die Stundentafeln der Klassenstufen 1 bis 6 noch stärker als wie geplant um zwei Stunden zu erhöhen. Durch die Einführung von jeweils 2 Stunden Englisch in den Jahrgängen 3 und 4 werde die Stundentafel in der Grundschule um 4 Stunden erhöht. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung. Er

stimmt den von Herrn Rohmeyer vorgeschlagenen Änderung in der Anlage 1 zu. Herr Mützelburg erwidert, dass es didaktisch sinnvoller wäre, in den Klassen 9 und 10 je 1 Stunde in Englisch und in der 2. Fremdsprache zu streichen. Herr Henschen erklärt, dass die in den Stundentafeln gewählte Fremdsprachenstruktur der der anderen Bundesländer entspricht. Es sei zudem zu bedenken, dass der die Vergrößerung des Stundenumfang nicht automatisch zu besseren Ergebnissen führe. Die Fremdsprachendidaktik müsse sich ändern, dann komme man mit den vorgesehenen Stunden aus. Herr Heidemeyer (Handelskammer) bittet darum, bei dieser Lehrplanänderung die Forderung der Handelskammer zugunsten eines Faches Wirtschaft zu berücksichtigen. Herr Bürger weist daraufhin, dass ökonomische Aspekte auch in den Fächern Gemeinschaftskunde, Erdkunde und Geschichte eine stärkere Rolle spielen sollen.

Beschluss:

Die Deputation nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens wird der Stundentafelerlass für die Klassenstufen 1-10 der Deputation zur Zustimmung vorgelegt.

TOP 10 Einstellungstermine in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen Vorlage L 126
hier: Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Auswahl- und Vergabeverfahren zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen

Beschluss:

Die Deputation nimmt den anliegenden Entwurf der Änderungsverordnung zur Kenntnis und bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft das Beteiligungsverfahren einzuleiten.

TOP 11 Jahresabschluss 2001 Vorlage L 127/G171

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

Senator

Sprecher

Protokollantin